

STATISTISCHE BERICHTE



LO/Personal 68001

LO/Personalstrukturhebung 1968

Finanz- und Steuerstatistik

10/2/70

Personalstrukturhebung im Öffentlichen Dienst am 2. Oktober 1968

— Vorläufige Ergebnisse —

Nach einer wechselvollen Entstehungsgeschichte wurde am 15. Mai 1968 ein "Gesetz über eine Statistik des Personals, der Dienstbezüge, Vergütungen und Löhne im öffentlichen Dienst" (BGBl. I S. 385) verabschiedet. Zweck dieser Erhebung war es, einmalig tiefergehende Strukturdaten über die Altersschichtung des Personals, seine Vor- und Ausbildung, die Besoldungs-, Vergütungs- und Lohngruppen sowie die einzelnen Berufsgruppen des öffentlichen Dienstes bei Bund, Ländern und Gemeinden zu gewinnen. Diese Daten dienen der personalwirtschaftlichen Planung auf längere Sicht, der Klärung von Nachwuchsfragen, der Vorausberechnung künftiger Pensionslasten und nicht zuletzt der Weiterentwicklung des Laufbahn- und des Besoldungsrechts.

Dieses Gesetz bildete die gemeinsame Rechtsgrundlage der Personalstrukturhebung sowie der in Verbindung damit durchgeführten repräsentativen Gehalts- und Lohnstrukturhebung im öffentlichen Dienst.

Erhebungsbereich

Der Erhebungsbereich dieser Personalstrukturstatistik umfaßt neben den schon bisher in die laufende Personalstanderhebung einbezogenen Dienststellen (Behörden, Einrichtungen und nichtrechtsfähige Wirtschaftsunternehmen des Landes und der Gemeinden) erstmals auch die Sozialversicherungsträger (ohne Betriebskrankenkassen privater Unternehmen) einschließlich ihrer öffentlich-rechtlichen Ver-

bände, soweit sie unmittelbar oder mittelbar der Aufsicht des Arbeits- und Sozialministeriums unterstehen. Es sind dies in Baden-Württemberg

die Krankenversicherungen
(Orts- und Innungskrankenkassen)

die Unfallversicherungen
(Badische und Württembergische Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften einschließlich landwirtschaftlicher Altershilfe,

der Württembergische Gemeindeunfallversicherungsverband und der Unfallversicherungsverband badischer Gemeinden und Gemeindeverbände)

die Rentenversicherung der Arbeiter
(Landesversicherungsanstalten Baden und Württemberg einschließlich aller Einrichtungen)

Der zu erfassende Personenkreis war derselbe wie in der jährlichen Personalstandserhebung, nämlich alle hauptberuflich vollbeschäftigten Beamten, Richter, Angestellten und Arbeiter, die am Stichtag (2.10.68) in einem Dienst- bzw. Anstellungsverhältnis zu den oben erwähnten Erhebungsbereichen gehörten. Für teilzeitbeschäftigtes Personal mit 20 und mehr Wochenarbeitsstunden wurde lediglich eine summarische Erfassung durchgeführt.

Nachdruck, auch im Auszug, nur mit Quellenangabe gestattet.

HERAUSGEBER: STATISTISCHES LANDESAMT BADEN-WÜRTTEMBERG

xx 1723

Darüber hinaus wurden erstmals die Versorgungsempfänger (Beamte und Richter sowie sonstiges Personal mit Beamtenbesoldung im Ruhestand) in die Erhebung mit einbezogen. Bei allen drei Beschäftigtengruppen (Beamte, Angestellten und Arbeiter) wurde das Personal in Ausbildung mit erfaßt.

Erhebungsunterlagen

Neu bei dieser Erhebung war die Art der zu erfassenden Personaldaten

- a) durch ein Individualzählblatt, das vom einzelnen Bediensteten auszufüllen
- b) durch einen sogenannten Kontrollbogen, der von der Dienststelle zu erstellen war.

Mit diesem Individualzählblatt wurden Strukturdaten über Alter, Geschlecht, Bezahlung, Vor- und Ausbildung, Anstellungsverhältnis erfragt, mit dem Kontrollbogen wurde die Zahl der Bediensteten (Voll- und Teilzeitbeschäftigte) gegliedert nach Dienst- und Vertragsverhältnis, sowie nach Laufbahngruppen und Geschlecht erhoben.

Für die Versorgungsempfänger wurde ein besonderes Formblatt verwendet, in das von der auszahlenden Stelle Angaben über Art der Empfänger, bestimmte Altersgruppen und die für die Versorgung maßgebenden Laufbahngruppen einzutragen waren.

Vorläufige Ergebnisse

Das staatliche und gemeindliche Personal

Am 2. Oktober 1968 hatte die öffentliche Verwaltung in Baden-Württemberg einen Personalbestand von 268 978 Kräften, das sind 400 Personen weniger als ein Jahr zuvor. Dieses Ergebnis überrascht zunächst insofern, als der Personalbestand in der öffentlichen Verwaltung insgesamt gegenüber dem vorangegangenen Jahr nicht zunahm, sondern geringfügig rückläufig war; ein Vergleich mit den vorläufigen Ergebnissen des Bundes und der anderen Länder zeigt ähnliche Personalverminderungen (bei Bundesbehörden und in der gemeindlichen Verwaltung). Dieser Personalrückgang im Land ist ausschließlich im gemeindlichen Bereich eingetreten, in dem die Zahl der Bediensteten von 119 534 auf 118 019 im Jahr 1968, (also um 1515 Personen) abgenommen hat, während im staatlichen Sektor 1115 Personen neu hinzugekommen sind; hier handelt es sich fast ausschließlich um Lehrkräfte an Volks-, Real- und Höheren Schulen und zwar infolge der ständig steigenden Schülerzahl und der gleichzeitig angestrebten Verringerung der Klassenstärke sowie um Lehrkräfte im Wissenschaftsbereich wegen des verstärkten Ausbaus des Hochschulwesens.

Betrachtet man die Personalveränderungen innerhalb der einzelnen Dienstverhältnisse, so ist festzustellen, daß die Zahl der Beamten weiterhin sowohl in der staatlichen (+ 3024) wie in der gemeindlichen Verwaltung (+ 181) ansteigt. Bei den Arbeitern sind – wie schon in den Vorjahren – weiterhin Personalverminderungen in beiden Bereichen (– 2896) festzustellen. Dies dürfte einmal eine Folge der immer stärker durchgeführten Rationalisierungs- und Automatisierungsmaßnahmen, zum anderen aber auch auf den allgemeinen Arbeitskräftemangel, vor allem im Krankenhauswesen, zurückzuführen sein. Bei den gemeindlichen Angestellten ist eine geringfügige Zunahme (+ 368) zu verzeichnen, während in der staatlichen Verwaltung eine Verringerung der Angestellten (– 1037) festzustellen ist. Woraus diese Verringerung resultiert, läßt sich im Augenblick noch nicht übersehen.

Das Personal der Sozialversicherungsträger

Der Personalstand der Sozialversicherungsträger betrug am Stichtag 2. Oktober 1968 10 469 hauptberuflich Vollbeschäftigte und 748 Teilzeitbeschäftigte. Das vollbeschäftigte Personal setzt sich aus 434 (4,2%) Beamten, 2254 (21,5%) sogenannten DO-Angestellten (das sind Angestellte mit Beamtenbesoldung) 6640 (63,4%) Angestellten und 1141 (10,9%) Arbeitern zusammen.

Bei einer Aufgliederung der Sozialversicherungsträger in die drei Hauptgruppen – Kranken-, Unfall- und Rentenversicherung – ergibt sich, daß die 88 Orts- und 33 Innungskrankenkassen einschließlich ihrer Verbände nahezu die Hälfte (48,6%) aller Bediensteten beschäftigen, an zweiter Stelle folgen die Landesversicherungsanstalten mit 4664 (44,6%) Beschäftigten, während bei den Landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften einschließlich der landwirtschaftlichen Altershilfe und der gemeindlichen Unfallversicherungsverbänden nur 717 (6,8%) Personen tätig sind.

Die Versorgungsempfänger

Für den Bereich des unmittelbaren öffentlichen Dienstes – Land und Gemeinden (Gv) – wurden 57 494 Versorgungsempfänger am Zählungssichttag festgestellt. Von diesen entfallen rund 75% auf das Land und rund 25% auf die Gemeinden (Gv).

Rechnet man die Versorgungsempfänger aus dem mittelbaren öffentlichen Dienst (Sozialversicherungsträger) hinzu, so kommt man auf 58 970 männliche und weibliche Versorgungsberechtigten in unserem Lande, das ist, gemessen an der Zeit der Vollbeschäftigten, ein Anteil von 21%.

Die Versorgungsempfänger setzen sich aus 31 840 (63,9%) Empfängern von Ruhegehalt und 27 130 (46,1%) Empfängern von Witwen- und Waisengeld zusammen.

**Personal der Öffentlichen Verwaltung nach Dienstverhältnissen und Beschäftigungsbereichen
am 2. Oktober 1968 und 1967**

Gebietskörperschaft	Beamte		Angestellte		Arbeiter		Zusammen		Veränderung 1967/68
	1968	1967	1968	1967	1968	1967	1968	1967	
Hoheits- und Kammereiverwaltung									
Staatliche Verwaltung	89 166 ¹⁾	86 156	44 321	45 393	11 004	12 087	144 491	143 636	+ 855
Gemeindliche Verwaltung	19 431	19 248	48 188	47 863	31 859	33 980	99 478	101 091	- 1 613
Stadtkreise	9 348	9 547	16 728	16 835	11 033	11 677	37 109	38 059	- 950
kreisangehörige Gemeinden	8 040	7 888	18 286	18 382	15 297	16 655	41 623	42 925	- 1 302
Landkreise	1 783	1 600	12 394	11 916	5 069	5 203	19 246	18 719	+ 527
Bezirksverbände	260	213	780	730	460	445	1 500	1 388	+ 112
Staatliche und Gemeindliche Verwaltung insgesamt	108 597	105 404	92 509	93 256	42 863	46 067	243 969	244 727	- 758
Wirtschaftsunternehmen									
Staatliche Verwaltung	1 601	1 587	706	711	4 161	3 910	6 468	6 208	+ 260
Gemeindliche Verwaltung	805	807	5 453	5 410	12 283	12 226	18 541	18 443	+ 98
Stadtkreise	312	301	2 867	2 828	7 234	6 429	10 413	9 558	+ 855
kreisangehörige Gemeinden	493	506	2 581	2 576	5 034	5 780	8 108	8 862	- 754
Landkreise	-	-	5	6	15	17	20	23	- 3
Bezirksverbände	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Staatliche und Gemeindliche Verwaltung insgesamt	2 406	2 394	6 159	6 121	16 444	16 136	25 009	24 651	+ 358
Öffentliche Verwaltung									
Staatliche Verwaltung	90 767	87 743	45 027	46 104	15 165	15 997	150 959	149 844	+ 1 115
Gemeindliche Verwaltung	20 236	20 055	53 641	53 273	44 142	46 206	118 019	119 534	- 1 515
Stadtkreise	9 660	9 848	19 595	19 663	18 267	18 106	47 522	47 617	- 95
kreisangehörige Gemeinden	8 533	8 394	20 867	20 958	20 331	22 435	49 731	51 787	- 2 056
Landkreise	1 783	1 600	12 399	11 922	5 084	5 220	19 266	18 742	+ 524
Bezirksverbände	260	213	780	730	460	445	1 500	1 388	+ 112
Öffentliche Verwaltung	111 003	107 798	98 668	99 377	59 307	62 203	268 978	269 378	- 400
Nachr.: Sozialversicherungs- träger	2 688	.	6 640	.	1 141	.	10 469	.	

¹⁾ Darunter 1968 = 1 530, 1967 = 1 504 Richter

Personal der Staatlichen Verwaltung am 2. Oktober 1968 und 1967

Aufgabenbereich	Beamte und Richter		Angestellte		Arbeiter		Alle Bediensteten				Veränderung	
							1968		1967			
	1968	1967	1968	1967	1968	1967	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	
Oberste Staatsorgane	1 346	1 349	931	1 058	87	83	2 364	1,6	2 490	1,7	-	126
Öffentliche Sicherheit und Ordnung	11 471	11 377	1 374	1 322	561	547	13 406	9,3	13 246	9,2	+	160
darunter												
Polizei	11 471	11 377	1 335	1 272	529	521	13 335	99,5	13 170	99,4	+	165
Rechtsschutz	8 384	8 768	3 391	3 520	190	118	11 965	18,3	12 406	8,6	+	441
Innere Verwaltung	3 163	3 034	2 325	2 454	104	116	5 592	3,9	5 604	3,9	-	12
Finanzverwaltung	7 000	7 028	5 304	5 160	219	254	12 523	8,7	12 442	8,7	+	81
Unterricht	42 900	40 760	5 207	4 988	342	386	48 449	33,5	46 134	32,1	+	2 315
darunter												
Volks- und Sonderschulen	25 467	24 987	3 395	3 170	70	68	28 932	59,7	28 225	61,2	+	707
Realschulen (Mittelschulen)	3 516	3 029	382	289	5	-	3 903	8,1	3 318	7,2	+	585
Gymnasien (Höhere Schulen)	7 431	6 758	307	393	99	137	7 837	16,2	7 288	15,8	+	549
Berufsbildende Schulen	6 126	5 927	1 064	1 075	132	151	7 322	15,1	7 153	15,5	+	169
Wissenschaft	8 352	7 620	10 888	11 687	3 638	4 059	22 878	15,8	23 366	16,3	-	488
darunter												
Wissenschaftliche Hochschulen	4 731	3 880	5 340	5 805	1 684	1 959	11 755	51,4	11 644	49,8	+	111
Pädagogische Hochschulen und andere												
Lehrerbildungsanstalten	1 948	2 090	208	194	59	69	2 215	9,7	2 353	10,1	-	138
Hochschulkliniken	1 393	1 388	4 987	5 330	1 838	1 981	8 218	35,9	8 699	37,2	-	481
Kunst, Volksbildung, Heimatpflege	88	81	906	919	470	477	1 464	1,0	1 477	1,0	-	13
Soziale Sicherung	948	939	1 581	1 653	244	237	2 773	1,9	2 829	2,0	-	56
Gesundheit, Sport, Leibesübungen	1 123	1 061	3 011	2 962	710	718	4 844	3,4	4 741	3,3	+	103
darunter												
Krankenhäuser und Heilstätten,	760	728	1 825	1 777	665	666	3 250	66,2	3 171	66,9	+	79
Abstellen für Nerven- und Geistes-												
kranke												
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	1 474	1 408	2 574	2 764	487	560	4 535	3,1	4 732	3,3	-	197
Wasserwirtschaft und Kulturbau	423	411	476	469	428	434	1 327	0,9	1 314	0,9	+	13
Förderung der gewerblichen Wirtschaft	192	188	245	253	89	87	526	0,4	528	0,4	-	2
Verkehr	588	567	1 181	1 109	2 943	3 566	4 712	3,3	5 242	3,6	-	530
Landesplanung und Raumordnung,												
Bauverwaltung und Wohnungswirtsch.	1 653	1 461	4 790	4 906	460	409	6 903	4,8	6 776	4,7	+	127
Wiedergutmachung	61	103	124	161	2	2	187	0,1	266	0,2	-	79
Besondere Kriegsfolgelasten	-	1	13	8	30	34	43	.	43	.	-	-
Hoheitsverwaltungen zusammen	89 166	86 156	44 321	45 393	11 004	12 087	144 491	100	143 636	100	+	855
Wirtschaftsunternehmen	1 601	1 587	706	711	4 161	3 910	6 468	-	6 208	-	+	260
Staatliche Verwaltung insgesamt	90 767	87 743	45 027	46 104	15 165	15 997	150 959	-	149 844	-	+	1 115

**Das Personal der öffentlichen Verwaltung nach Dienstverhältnissen und Beschäftigungsbereichen
je 10 000 der Bevölkerung am 2. Oktober 1968**

Beschäftigungsbereich	Wohnbevölkerung am 30.6.1968 in 1000	auf 10 000 der Bevölkerung				% der Vollbeschäftigten		
		Beamte	Angestellte	Arbeiter	Bedienstete insgesamt	Beamte	Angestellte	Arbeiter
Staatliche Verwaltung	8 636	105	52	18	175	60,1	29,8	10,1
Gemeindliche Verwaltung	8 636	23	62	51	136	17,1	45,5	37,4
Stadtkreise	1 790	54	109	102	265	20,3	41,2	38,5
kreisangehörige Gemeinden	6 846	12	31	30	73	17,2	41,9	40,9
Landkreise	6 846	3	18	7	28	9,2	64,4	26,4
Bezirksverbände	8 636	.	1	1	2	17,3	52,0	30,7
Staatliche und Gemeindliche Verwaltung zusammen	8 636	128	114	69	311	41,3	36,7	22,0
Sozialversicherungsträger	8 636	3	8	1	12	25,7	63,4	10,9

Das Personal der Sozialversicherungsträger am 2. Oktober 1968 ¹⁾

Beschäftigungsbereich	Beamte	DO-Angestellte ²⁾	Angestellte	Arbeiter	Insgesamt	
					Anzahl	%
Krankenversicherung	-	2 027	3 014	47	5 088	48,6
davon						
Ortskrankenkassen	-	1 899	2 716	40	4 655	91,5
Innungskrankenkassen	-	128	298	7	433	8,5
Unfallversicherung (Berufsgenossenschaften)	-	227	487	3	717	6,8
Rentenversicherung	434	-	3 139	1 091	4 664	44,6
Insgesamt	434	2 254	6 640	1 141	10 469	100

¹⁾ Vorläufiges Ergebnis.- ²⁾ Angestellte mit Beamtenbezügen.

**Versorgungsempfänger des öffentlichen Dienstes am 2. Oktober 1968
a) nach Arten**

Art der Versorgungsempfänger	Staat	Gemeinden (Gv)	Sozialversicherungsträger	Insgesamt	
				Anzahl	%
Ruhegehaltsempfänger					
unter 62 Jahre	2 082	558	62	2 702	8,5
62 - 65 Jahre	1 982	591	81	2 654	8,3
65 - 70 Jahre	7 772	2 384	248	10 404	32,7
70 und mehr Jahre	11 882	3 831	367	16 080	50,5
Zusammen	23 718	7 364	758	31 840	100
dar. weiblich	3 761	232	80	4 073	12,8
Witwen/Witwer					
unter 50 Jahre	960	296	41	1 297	4,9
50 - 60 Jahre	3 052	902	121	4 075	15,4
60 - 70 Jahre	5 812	1 902	204	7 918	29,9
70 und mehr Jahre	9 650	3 219	338	13 207	49,8
Zusammen	19 474	6 319	704	26 497	100
Waisen					
unter 18 Jahre	94	-	4	98	15,5
18 - 27 Jahre	149	135	7	291	46,0
27 und mehr Jahre	108	133	3	244	38,5
Zusammen	351	268	14	633	100
Insgesamt	43 543	13 951	1 476	58 970	.

b) nach Laufbahngruppen

Art der Versorgungsempfänger	Höherer	Gehobener	Mittlerer	Einfacher
	Dienst			
Ruhegehaltsempfänger				
unter 62 Jahre	362	1 085	1 176	79
62 - 65 Jahre	421	1 252	930	51
65 - 70 Jahre	2 242	5 296	2 446	420
70 und mehr Jahre	3 014	7 817	3 988	1 261
Zusammen	6 039	15 450	8 540	1 811
Witwengeldempfänger				
unter 50 Jahre	256	579	416	46
62 - 65 Jahre	847	1 925	1 118	185
65 - 70 Jahre	1 409	3 585	2 294	630
70 und mehr Jahre	2 509	5 577	3 435	1 686
Zusammen	5 021	11 666	7 263	2 547
Waisengeldempfänger				
unter 18 Jahre	29	45	21	3
18 - 27 Jahre	96	139	44	12
27 und mehr Jahre	28	115	30	71
Zusammen	153	299	95	86
Insgesamt	11 213	27 415	15 898	4 444